



dbb
tarifunion

Friedrichstraße 169/170
D-10117 Berlin

Telefon 030.40 81-54 00
Telefax 030.40 81-43 99
dbbtu@t-online.de
www.tarifunion.dbb.de

DBB Tarifunion Friedrichstraße 169/170 10117 Berlin

An die
Mitglieder des
Vorstandes und der Tarifkommission
der DBB Tarifunion

Mitgliedsgewerkschaften
der DBB Tarifunion

DBB einschließlich Landesbünde

DBB-Bundesfrauenvertretung, DBB-Jugend

DBB-Dienstleistungszentren

19. Dezember 2002 Go/-

Nr. 49/2002

Einkommensrunde 2002/2003

***Arbeitgeberangebot wird als Provokation abgelehnt
Scheitern der Tarifverhandlungen beschlossen***

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Provokation bewertete der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Robert Dera, das Angebot der Arbeitgeber. Bundesinnenminister, Otto Schily, der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, Kurt Faltlhauser und der Verhandlungsführer der Kommunen, Ernst-Otto Stüber, legten in der Verhandlungsrunde vom 18. und 19. Dezember 2002 ein Angebot vor. Danach sollen sich die Vergütungen und Löhne der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst ab dem 1. Januar 2003 um 0,9 Prozent und ab 1. Oktober 2003 um weitere 1,2 Prozent erhöhen. Im Tarifgebiet Ost soll die zweite Erhöhung erst ab dem 1. Januar 2004 gelten. Die Laufzeit wird bis zum 30. Juni 2004 festgelegt (siehe Anlage).

Als „Gegenleistung“ der Arbeitnehmer fordern die Arbeitgeber die Erhöhung der Arbeitszeit im Tarifgebiet West auf 39 Stunden pro Woche und im Tarifgebiet Ost den Wegfall des AZV-Tages. Weiterhin sollen die Arbeitnehmer im Ostteil Deutschlands an den Umlagesätzen für die Zusatzversorgung beteiligt werden. Der Beitrag soll für jeden Prozentpunkt oberhalb des Bemessungssatzes von 90 Prozent 0,2 Prozent betragen. Eine konkrete Perspektive zur abschließenden Angleichung Ost fehlt völlig.

Diese Provokation durch die Arbeitgeber läuft nahezu auf eine Minusrunde für die Arbeitnehmer hinaus. Als Konsequenz haben Vorstand und Tarifkommission einstimmig das

Scheitern der Verhandlungen beschlossen. Sollte in der nun folgenden Schlichtung kein tragfähiges Ergebnis zu Stande kommen, sind auch Urabstimmung und Streik möglich.

Die Schlichtung wird noch zum Jahreswechsel 2002/2003 beginnen. Innerhalb der ersten Januarwoche 2003 ist dann mit einem Schlichterspruch zu rechnen. Daraufhin müssen die Verhandlungen gemäß der Schlichtungsvereinbarung wieder aufgenommen werden. Über eine im Anschluss an die Schlichtung gegebenenfalls durchzuführende Urabstimmung werden wir Sie in einem gesonderten Rundschreiben informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Robert Dera
1. Vorsitzender